



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller** und **Fraktion (AfD)**

Bayerns ländlicher Raum – alternativ und vital in die Zukunft

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Missstände im ländlichen Raum wesentlich von der Staatsregierung und den sie tragenden Regierungsfractionen mitverursacht wurden. Die Bundesregierung, obwohl zerstritten, trägt nicht alleinige Schuld an den nun beobachtbaren Verwerfungen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, innerhalb ihrer Möglichkeiten sofort selbst tätig zu werden und im Entwurf für den kommenden Haushalt ausreichend Mittel bereitzustellen, insbesondere bei den Ausgaben für:

- Verkehrsinfrastruktur, die durch einen Ausstieg aus Klimaprojekten und dem Deutschlandticket gegenfinanziert werden können
- Aufrechterhaltung und Stärkung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung, die durch Einsparungen im Bereich Zuwanderung und Integration gegenfinanziert werden können
- ländliche Entwicklung und Dorferneuerung, gegenfinanziert aus der Fraktionsreserve

Begründung:

Die Vermutung, die Bundesregierung verliere den ländlichen Raum und ihre Menschen zunehmend aus dem politischen Fokus, ist falsch. Im Gegenteil, die Ampel-Koalition arbeitet unermüdlich daran, die Menschen im ländlichen Raum durch immer neue Zumutungen mürbe zu machen. Prestigeprojekte, wie das Deutschlandticket, gibt es für die Stadt. Flüchtlingsunterkünfte in Gemeinden von wenigen tausenden Menschen, wie in Rott am Inn oder Warngau, gibt es für das Land. Die damit verbundenen Verwerfungen wie Gewaltverbrechen, fehlende Infrastruktur und Verwaltung werden totgeschwiegen.

Die Feststellung, dass die aus unserer Sicht chaotische, zerstrittene und planlose Bundesregierung Politik für die Städter und – wie man an den jährlich abfließenden Milliarden Euro für Klimahilfen und Entwicklungspolitik aus dem Bundeshaushalt erkennen kann – für das Ausland macht, ist richtig. Sie kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Staatsregierung trotz mehrfacher Aufforderung verschiedener Institutionen zu wenig für den ländlichen Raum in Bayern tut. So wies der Oberste Rechnungshof (ORH) bereits in seinem Jahresbericht 2019 darauf hin, dass der Nachholbedarf bei den Staatsstraßen allein für die Bestandserhaltung rund 2 Mrd. Euro betrug. Das ist mehr als ein Versäumnis, denn gerade die Straßen im ländlichen Raum sind für die Bürger nicht durch den ÖPNV oder Ähnliches zu ersetzen.

Im Jahresbericht 2022 stellte der ORH fest, dass ein wesentlicher Teil von 133 Mio. Euro an Steuergeldern, die zur Verpflegung des Krankenhauspersonals gedacht waren, niemals beim Krankenhauspersonal ankamen – auch das war kein Gewinn für die flächendeckende Gesundheitsversorgung in Bayern.

Die Staatsregierung kann und muss also ihre Möglichkeiten innerhalb Bayerns besser nutzen und selbst gestalten, zur Not auch ohne Kofinanzierung durch Bund oder EU.